Altonaer Rathaus-Express Newsletter der SPD-Fraktion Altona Nr. 4/2009

INHALT

Grußwort

Hermes und Kobenschmidt - Altonaer Betriebe in der Krise

Stadtteilworkshops für Wohnungen

Schulstandorte im Kreis Altona

Mehrgenerationenplätze für Altona

Freie oder Kurtaxestadt Hamburg

Trinkwasserspender für den Elbwanderweg

Grünzug Bahrenfeld - Verbesserung der Grün- und Freiflächenbilanz

Werbeanlagen in Altona - Einnahmen contra Stadtbild und Verkehrssicherheit

Bürgerbegehren und kein Ende - die Standortfrage IKEA

Wie viel „Dorf“ steckt bald noch in Sülldorf?

Kennen Sie ihre Abgeordneten?

Liebe Altonaerinnen und Altonaer, liebe Freundinnen und Freunde der SPD, liebe Genossinnen und Genossen,

ein ereignisreiches und turbulentes Jahr für die Politik in Altona neigt sich dem Ende zu. Wir als SPD-Bezirksfraktion können von einem erfolgreichen Jahr sprechen: Wir haben im Laufe des Jahres im Dialog mit den Altonaer Bürgerinnen und Bürger Vieles auf den Weg bringen können. Immer häufiger haben wir dabei jedoch feststellen müssen, dass sich Senat und schwarz-grüne Bezirksmehrheit zunehmend von den Interessen vor Ort verabschieden. Allein damit, dass Altona bunt und vielschichtig ist, kann man die zahlreichen Bürgerbegehren in diesem Jahr jedenfalls nicht erklären.

Nachdem schon der Konflikt um den Buchenhof die Elbvororte mobilisiert hatte, kam im Herbst trotz Bürgerbegehrens leider das Aus für die Bücherhallen in Iserbrook und Rissen. Immerhin konnte aber die konfliktbehaftete Verkehrsplanung im Blankeneser Ortskern zunächst angehalten werden, um neue und weitere Gespräche mit den Betroffenen zu suchen.

Im Altonaer Zentrum elektrisiert das Thema IKEA seit dem Sommer die Menschen. Zwei gegenläufige Bürgerbegehren zu einem Thema, eines für und eines gegen die IKEA-Ansiedlung, sind ein Novum in Hamburg, seit es Bürgerbeteiligung gibt. Wir haben uns entschieden und befürworten die IKEA-Ansiedlung, denn wir erwarten dadurch eine Verbesserung der sozialen und städtebaulichen Situation nicht nur im Bereich der Großen Bergstraße, sondern in ganz Altona.

Bevor es zu einer IKEA-Ansiedlung kommt, muss jedoch eine Lösung für die im Frappant tätigen Künstler gefunden werden. Nicht nur hier, sondern auch an vielen anderen Stellen in Altona müssen vorhandene Strukturen entweder geschützt oder ausgeglichen werden, bevor neue Investitionen getätigt werden können. Dies gilt für das Schanzenviertel ebenso wie für den Bau des Autobahndeckels, der zumindest auf dem Papier ein gutes Stück vorangekommen ist, gleichfalls für das Luruper Ortszentrum, das im kommenden Jahr begonnen werden kann, und für das Bürgerhaus am Osdorfer Born, auch wenn es erst 2012 fertiggestellt werden soll.

Neben diesen positiven Nachrichten gab es zum Jahresende leider auch negative Schlagzeilen durch den Verlust von Arbeitsplätzen bei Kolbenschmidt in Bahrenfeld und bei Hermes-Schleifmittel in Lurup. Zu den wichtigsten Aufgaben im kommenden Jahr zählen, neben vielen anderen, in beiden Stadtteilen neue Betriebe anzusiedeln und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Sie können sich sicher sein, die SPD-Bezirksfraktion Altona wird bei all diesen Themen auch 2010 am Ball bleiben. Im Moment freuen wir uns jedoch gemeinsam mit Ihnen auf schöne Weihnachten und einen guten Start in das neue Jahr 2010.

Ihr
Thomas Adrian
Fraktionsvorsitzender

Hermes und Kolbenschmidt - Altonaer Betriebe in der Krise

SPD macht Druck auf Senat und Behörden

Bei Kolbenschmidt in Bahrenfeld gingen in diesem Herbst die Lichter aus. Rund 170 Beschäftigte und Betriebsrat wurden ausgesperrt.

Die Wirtschaftskrise hat zum Jahresende auch bei zwei Traditionsunternehmen in Altona voll durchgeschlagen. Das hat zur Folge, dass viele Beschäftigte dieser Betriebe ihre gewerblichen Arbeitsplätze verloren haben, weitere stehen vor einer unsicheren Zukunft.

Sicherlich ist die Altonaer Bezirksversammlung nicht der Ort, an dem die Weichen der Arbeitsmarktpolitik gestellt werden. Trotzdem gibt es auch in der Bezirkspolitik Instrumente, die wir nutzen können und müssen, um Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze zu setzen. Der Dialog mit Unternehmen und Betriebsräten über die Zukunft der Werksgelände ist dabei ein erster wichtiger Schritt zur Einflussnahme. Auch das Planungsrecht ist ein wichtiger Hebel, den die Bezirkspolitik in der Hand hat. Wie unterschiedlich das Vorgehen dabei sein kann, zeigt sich an den aktuell betroffenen Betrieben „Kolbenschmidt Pierburg AG“ in Bahrenfeld und „Hermes-Schleifmittel GmbH & Co. KG“ in Lurup.

Kolbenschmidt hat in einer Nacht- und Nebelaktion sein Werk an der Friedensallee endgültig geschlossen und mit der Demontage von Produktionsanlagen begonnen. Mit Hilfe eines Sicherheitsdienstes wurden die rund 170 Beschäftigten und sogar der Betriebsrat ausgesperrt. Dieser konnte erst nach einer einstweiligen Verfügung durchsetzen, dass er das Betriebsgelände wieder betreten darf. Zwischenzeitlich wurde bereits eine von insgesamt fünf Produktionslinien – die zu der Zeit wichtigste Linie des Werkes – abgebaut.
Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Bezirksversammlung das rüde und arbeitnehmerfeindliche Vorgehen der Konzern- und Betriebsleitung verurteilt. Parallel dazu hat unsere Fraktion beantragt, das Planungsrecht derzeit nicht zu ändern. Bezirksamt und Senat sollen Ideen entwickeln, wie sich dort andere Betriebe ansiedeln und damit neue Arbeitsplätze schaffen können. Diesen Prozess hätte man bei einem rechtzeitigen Dialog zwischen Senat und Unternehmen längst beginnen können. Nicht nur Kolbenschmidt hat dies verpasst, auch Senat und schwarz-grüne Bezirksmehrheit haben offenkundig andere Prioritäten und am Dialog mit von Insolvenz bedrohten Unternehmen kein Interesse. Somit wurde eine große Chance verpasst, den freigestellten Mitarbeitern neugeschaffene Arbeitsplätze anzubieten. Dem vermutlich kontaminierten Werksgelände droht nun zunächst der Leerstand, den ehemaligen Beschäftigten die Arbeitslosigkeit.

Ähnlich prekär ist die Situation des international tätigen Unternehmens „Hermes Schleifmittel GmbH & Co. KG“. Doch im Gegensatz zu Kolbenschmidt versuchen Geschäftsführung und Be-

Thomas Adrian, Autor dieses Beitrags.

Fortsetzung auf S. 3

Fortsetzung von S. 2

triebsrat nicht Arbeitsplätze zu vernichten; ihr Bestreben ist es so viele Arbeitsplätze als möglich am Standort Lurup mit der Außenstelle Schenefeld zu halten.

Bei einem Gespräch mit mir als SPD-Fraktionsvorsitzendem haben Geschäftsführer Peter Matthews und Betriebsratsvorsitzender Ingo Meier ihren Willen bekräftigt, dass rund 240 Arbeitsplätze in Lurup und Schenefeld und der Firmensitz am Standort in Lurup bleiben sollen. Derzeit setzt die Geschäftsführung in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat einen Sanierungsplan um.

Ein zentraler Punkt im Sanierungsplan ist ein Teilverkauf des Grundstücks inklusive Gebäude. Hermes will für Produktion und Verwaltung ein Viertel der bisher genutzten Fläche – das Areal hat insgesamt 47.000 Quadratmeter – weiterhin nutzen. Für Wohnungsbau soll ein weiteres Viertel der Fläche vorgehalten werden und die restliche Hälfte soll Betrieben als Gewerbe- oder Industriefläche zur Verfügung stehen. Eine Planung, die angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen realistisch und klug erscheint. Neue Arbeitsplätze, verbunden mit bezahlbarem Wohnraum, passen nach Lurup.

Zurzeit verhandelt die Hermes-Geschäftsführung mit mehreren Interessenten; ein Gespräch mit der Hamburger Finanzbehörde ist aber erst auf Mitte Januar terminiert. Auch hier verlieren Senat und Behörden wichtige Zeit, da die Hermes-Geschäftsführung unter einem enormen Zeitdruck bei der Erzielung eines Verkaufserlöses steht.

Wir als SPD-Fraktion im Bezirk Altona werden alles daran setzen, dass in Altona Arbeitsplätze erhalten beziehungsweise neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Thomas Adrian

Geschäftsführung und Betriebsrat von Hermes Schleifmittel versuchen, soviele Arbeitsplätze als möglich am Standort Lurup zu sichern.

Stadtteilworkshops für Wohnungen im Bezirk Altona

Stefan Krappa, Autor dieses Beitrags.

Kommunalpolitik muss immer wieder mit Widersprüchen leben. Auf einer allgemeinen Ebene sind sich die Bürger immer einig, dass mehr Straßen, Wohnungen, Fabriken und Kindertagesstätten gebaut werden müssen - aber bitte nicht vor der eigenen Haustür! Und gefragt werden wollen alle Beteiligten auch vorher, nicht konfrontiert sein mit fertigen Bauplänen, die in Parteibüros und Rathäusern vorher ausgetüftelt wurden.

Gerade im Bereich Mietwohnungsbau müssen jetzt neue Wege gegangen werden, da Hamburg auf eine neue Wohnungsnot zusteuert. Die Mietervereine warnen seit längerem davor, dass mindestens 6000, besser 8000, Mietwohnungen pro Jahr gebaut werden müssten, um eine Wohnungsnot, die gerade einkommensschwächere Schichten und Familien treffen würde, abzuwenden.

Hinter dieser Zahl stehen also mindestens 12.000 bis 20.000 Menschen, die nach bezahlbaren Wohnungen suchen – Jahr für Jahr. Sind aber einmal Flächen für Wohnungsbauten von Investoren gefunden und werden Kommunikations- und Planungsfehler begangen, kommt es zu Bürgerentscheiden wie beim „Buchenhof“ in Iserbrook. In Wandsbek beispielsweise finden mehrmals pro Jahr Bürgerbegehren gegen Wohnungsbauten statt und auch der „Wachtelkönig“ in Neugraben-Fischbek ist unvergessen, obwohl ihn nie jemand zu Gesicht bekommen hat.

Mit meinem Vorschlag von Stadtteilworkshops versuche ich eine Brücke zu schlagen zwischen vordergründig unvereinbaren Polen. Ich unterstelle, dass Bürger miteinander bessere Ergebnisse finden werden als in der Über- und Unterordnung zwischen Bezirksamt und Bürgern. Deshalb möchte ich, dass im nächsten Jahr vier Workshops in den Wahlkreisen Altonas stattfinden. Deren Ziel ist es, konsensfähige Wohnungsbaufläche zu finden, um den Bau von 800 Wohnungen zu ermöglichen.

Der Charme dieser Lösung besteht darin, dass Wohnungssuchende gemeinsam mit Stadtplanern, Bezirkspolitikern und schon in den Stadtteilen lebenden Bürgern diskutieren. Es ist durchaus möglich, dass auch völlig neue Ideen dabei herauskommen, zum Beispiel bei der Umnutzung von Kasernenflächen, bei Verdichtungen in bestehenden Quartieren oder auch bei einer Kombination von Gewerbe und Wohnen.

„Die Bürger als Experten sehen und einbinden“, das ist das Motto der Stadtteilpartei SPD. In dieses von der Altonaer Kreisvorsitzenden Melanie Schlotzhauer erfundene Paradigma fügt sich mein Ansatz gut ein. Bislang haben aber die anderen Fraktionen der Bezirksversammlung noch nicht viel damit anfangen können. Diese Art von Bürgerbeteiligung eignet sich weder für den „Klassenkampf“ (gegen Spekulanten) der Linkspartei, noch für die investorenhörige CDU, denen die Bürgerbeteiligung nach dem Baugesetzbuch fast schon zu weit geht.

Die im Planungsausschuss erkennbar fehlende Bereitschaft, sich auf neue Planungsprozesse mit den Bürgern einzulassen, zeigt, dass von Seiten der SPD noch detaillierter beschrieben werden sollte, welche Vorteile dieses Verfahren für alle bringt. Dazu werde ich die Mietervereine einbinden, die unverdächtig sind, auf den Gehaltslisten von Projektentwicklern und Investoren zu stehen.

Stefan Krappa

Schulstandorte im Kreis Altona: Ende gut, alles gut?

Ungeachtet des erfolgreichen Bürgerbegehrens hat am 26. November die Deputation (*) der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) wie vorgesehen die Standorte der zukünftigen Primar,- und Stadtteilschulen und Gymnasien verabschiedet. Nachdem im Juli die vorläufigen Pläne der (BSB) veröffentlicht worden waren, gab es in Altona beachtliche Widerstände, insbesondere an den Schulen, bei denen sich die Behörde über die Empfehlungen der Regionalen Schulkonferenz (RSK) hinweg gesetzt hatte. Diese Widerstände wurden – zumindest zum Teil – in die am 24. November verabschiedeten Empfehlungen der Bezirksversammlung (BV) aufgenommen. Offensichtlich mit Erfolg!

So soll die Theodor-Haubach-Schule nun doch dreizügiger Primarschulstandort und nicht Stadtteilschule werden. Die für diesen Teil Altonas geplante Stadtteilschule soll, wie von der SPD Fraktion in der BV vorgeschlagen, am Kurt-Tucholsky-Gymnasium beziehungsweise an einem noch zu findenden Standort angesiedelt werden. Auch die Louise-Schröder-Schule kann einen „ Sieg“ verbuchen; sie soll nun doch vierzügig werden. Hier gab es im Vorfeld der Bezirksversammlungs-Empfehlung durchaus Differenzen zwischen CDU/GAL und SPD. Um so erfreulicher ist diese Entscheidung.

Nicht berücksichtigt dagegen wurden – zu meiner Erleichterung – zwei CDU/GAL-Empfehlungen aus der Bezirksversammlung: Zum einen die Pläne für die Schule Königstraße, durch die nun die Zukunft für die Gesamtschule St. Pauli – entsprechend den ursprünglichen Behördenplänen als Stadtteilschulstandort – gesichert zu sein scheint. Zum anderen blieb auch die CDU/GAL-Empfehlung einer „eigenen“ Primarschulstufe am Christianeum unberücksichtigt.

Freuen dagegen wird die Behördenentscheidung sicher die Schule Goosacker, die auch einen Primarschulzweig erhält. Dasselbe gilt für die Primarschule Windmühlenweg, die Räume am Röbbek bekommen soll. Offensichtlich hat die Behörde nun doch entschieden, den Röbbek „bedarfsgerecht“ zu sanieren.

Auch in Lurups Stadtteilschule wurden die Behördenpläne so geändert, dass die Oberstufe an beiden Standorten stattfinden soll. Laut Presseberichten hatten die Elternproteste und die BV-Empfehlungen zumindest in diesen Fällen Erfolg. Das gilt aber nicht für alle „Problem“-Entscheidungen der BSB: So wird die GHR Schule Veermoor in Lurup „abgewickelt“, das heißt, sie wird Primarschulstandort. Der SPD-Vorschlag, am Veermoor eine Stadtteilschul-Zweigstelle einzurichten, fand in der BV keine Mehrheit und blieb auch in der Behörde unberücksichtigt!

Und wie wird es weitergehen?

Dass die Senatorin ungeachtet des erfolgreichen Bürgerbegehrens ihre Planungen weiterführen will – vor wenigen Tagen medienwirksam verkündet – lässt vermuten, dass die BSB-Spitze zumindest ihre Primar,- Stadtteilschul- und Gymnasiums-Pläne weiter verfolgen wird. Zwar hat die Senatorin in der Frage des Elternwahlrechts Gesprächsbereitschaft signalisiert, doch bleibt offen, wie die Gespräche zwischen Senat und Initiative tatsächlich verlaufen werden.

„Abwarten und Tee trinken“ ist eher nicht angesagt, schon gar nicht für Eltern und Schüler!

Bereits im Januar laufen die Anmeldungen für die jeweiligen Schulen an...

Astrid Juster

(*) Die Deputation ist ein der Behördenleitung zugeordnetes Gremium, bestehend aus dem Senator (Vorsitz) und 15 von der Bürgerschaft gewählten, ehrenamtlich tätigen bürgerlichen Mitgliedern (Deputierte). Eine Deputation wird bei jeder Fachbehörde gebildet.

Erfolgreicher Elternprotest: Die Schule Goosacker behält einen Primarschulzweig.

Die Gebäude der alten Schule Röbbek sollen für die Schule Windmühlenweg saniert werden.

Astrid Juster, Autorin dieses Beitrags.

Spiel- und Freizeitplatz für Jung und Alt in Altona - ein Angebot zur Begegnung der Generationen

Antje Mohr, Autorin dieses Beitrags.

Nicht immer ist es in der heutigen Zeit einfach, Kontakte zwischen den Generationen herzustellen. Das selbstverständliche Miteinander innerhalb der Familie ist aus verschiedenen Gründen häufig kaum noch möglich, sei es, dass die Eltern mit ihren Kindern in einer anderen Stadt leben als die Großeltern oder dass auch nur, bedingt durch Beruf und Organisation des Alltags, die notwendige Zeit fehlt. Begegnungen zwischen älteren Menschen, Kindern und Jugendlichen finden dadurch immer seltener statt. Dabei ist es gerade für Kinder wichtig, Liebe, Geduld und Zuwendung von Großeltern oder auch Ersatzgroßeltern zu erfahren; es macht sie stark und selbstbewusst. Aber auch für die älteren Menschen ist es notwendig, den Kontakt zur jüngeren Generation zu pflegen, es schützt sie vor Vereinsamung und Krankheit.

Wie bringt man aber nun die Generationen zueinander? Eine Möglichkeit wäre es, Spiel- und Freizeitplätze für Jung und Alt in Parks zu installieren, die mit verschiedenen Spielgeräten, die von allen Generationen gleichermaßen genutzt werden können, ausgestattet werden. Möglich wären beispielsweise Schaukeln für Groß und Klein, Schwebebalken mit Handlauf, aber auch Boulebahn und Bolzplatz.

Das gemeinsame Spiel und die Bewegung im Freien fördern die Gesundheit, halten fit, machen Spaß und führen zu guter Laune. Zur Entspannung nach der Aktivität und zur Unterstützung der Kommunikation zwischen den Generationen sollen Bänke aufgestellt werden.

Die SPD- Fraktion hat auch für Altona einen Spiel- und Freizeitplatz gefordert und dazu einen Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht, der mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, GAL und der FDP angenommen wurde.

Altona wird nun einen Mehrgenerationenplatz bekommen; das Fachamt für Sozialraummanagement wurde mit der Entwicklung und Umsetzung eines entsprechenden Nutzungskonzeptes beauftragt.

Als Standort einer solchen Spiel- und Freizeitfläche für Jung und Alt bietet sich vorrangig eine Fläche rund um das neue Bürgerhaus am Osdorfer Born an, aber auch in anderen Teilen Altonas sind solche Plätze möglich. Konzepte dazu sind dem Ausschuss Gesundheit, Soziales und Senioren vorzulegen, denn vor Ort wirkende Akteure und Ideen sind in großem Maße vorhanden.

Antje Mohr

So ausgestattet könnte ein Mehrgenerationenplatz aussehen

Freie oder Kurtaxestadt Hamburg - eigentlich geht es um die Sauberkeit

„Kurtaxe für den Elbstrand“ forderte jüngst Uwe Szczesny, Vorsitzender der CDU-Fraktion Altona, in der Zeitung mit den vier großen Buchstaben - eine Forderung , die umgehend von den anderen Fraktionen und auch von der CDU-Fraktion selbst abgelehnt wurde. Es darf nicht sein, dass die sozial Schwächeren mit den harten Schüttsteinen der Elbuferbefestigung vorlieb nehmen müssen, während sich diejenigen, die es sich leisten können, auf dem weichen Sandstrand entspannen. Es ist ausserdem nicht davon auszugehen, dass die Einnahmen aus der Kurtaxe die Organisations- und Personalkosten übersteigen. Zusätzlich müssten Kassenhäuschen aufgebaut und vor Sturmflut gesichert werden - Kosten, die ebenfalls noch einzukalkulieren sind.

„Kurtaxe“ für den Elbstrand ist im übrigen der völlig falsche Begriff, da Kurtaxe immer in Kurorten erhoben wird, unabhängig davon, ob die Gäste dort Fremdenverkehrsangebote nutzen oder nicht. Vielmehr möchte Uwe Szczesny ein „Eintrittsgeld“, genauer eine versteckte Müllgebühr erheben. Tatsächlich geht es auch um die Müllproblematik in der Stadt und auch am Elbstrand - längst ein Dauerthema in der Bezirksversammlung. Insbesondere die Osterfeuer und die Grillpartys am Elbstrand, im Landschaftsschutzgebiet dort lediglich geduldet, sorgen für die zunehmende Vermüllung. Ähnlich sieht es rund um Wertstoffcontainer und Abfallbehältnisse aus.

Wir als SPD-Fraktion nehmen diese Problematik sehr ernst. Unsere zielführenden Anträge wurden bisher meist abgelehnt. Man müsse die Verantwortlichen in die Pflicht nehmen, lauteten bisher die Lösungsansätze der Koalition.

Wir wiederholen unsere Forderungen: Die Zuständigkeiten von Hamburg Port Authority (HPA) und Stadtreinigung müssen umgehend geklärt werden; HPA benötigt eine ausreichende Finanzausstattung, um für die enormen Betriebskosten für die Reinigung aufkommen zu können - sonst muss die Verantwortung für die Reinigung des Elbstrandes von der Stadtreinigung übernommen werden. Eine ausreichende Anzahl von Müllgefäßen, für die kreativ geworben werden muss, ist Pflicht. Zudem schlagen wir eine „Bewusstseinskampagne für mehr Sauberkeit am Elbstrand“ vor, die an den Bürgersinn und an die moralische Verantwortung eines jeden einzelnen für die Sauberkeit in seiner Stadt appelliert.

Letztlich wird man aber ohne empfindliche Sanktionen nicht auskommen. Unser bezirklicher Ordnungsdienst muss in die Lage versetzt werden, im Bereich des Elbstrandes tätig zu werden und Bußgelder verhängen zu dürfen. Für die übrigen Problembereiche rund um die Wertstoffcontainer verweisen wir auf unsere Vorschläge, Papier weitestgehend in die Blauen Tonnen zu „verbannen“, und Glas und Kunststoffe nach dem Vorbild von Stade und Cuxhafen in Unterflurcontainern zu sammeln. Diese Beispiele zeigen, dass durch solche Lösungen sehr viel mehr Sauberkeit in der Stadt erreicht wird.

Die Einführung einer Kurtaxe löst das Vermüllungsproblem eindeutig nicht. Schließlich wollen wir ja die Freie und Hansestadt Hamburg bleiben, und nicht zur Freien und Kurtaxestadt absteigen.

Wolfgang Kaeser

Wolfgang Kaeser, Autor dieses Beitrags.

Die Idylle am Elbstrand ist für alle Bürger da - und muß kurtaxenfrei bleiben!

Trinkwasserspender für den Elbwanderweg

Wolfgang Kaeser fordert Trinkwasserspender auch für den Elbwanderweg

Wer A wie Außenalster sagt, muss auch E wie Elbwanderweg sagen! „Aqua, water, eau, Trinkwasser“ - die SPD-Fraktion fordert Trinkwasserspender auch für den Elbwanderweg!

Was „Hamburg Wasser“ an der Außenalster installiert hat, ist vorbildlich als Angebot für die Hamburger und als ästhetische „Wasserkunst“ der besonderen Art anzusehen. Die rund um die Außenalster aufgestellten Trinkwasserspender sind für Spaziergänger, Jogger und Walker eine wertvolle und überzeugende Bereicherung für das persönliche Wohlbefinden und werden gerne angenommen.

Die Bezirksversammlung hat unseren Antrag einstimmig beschlossen, auch den Elbwanderweg mit den Wasserspendern auszustatten. Wir erwarten, dass die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zusammen mit „Hamburg Wasser“ schon bald den Beschluss umsetzen wird.

Sicherlich würden sich die Bürger Altonas und die vielen Besucher aus aller Welt freuen, wenn sie schon im nächsten Jahr unser wichtigstes Lebensmittel, nämlich Trinkwasser - oder in der jeweiligen Landessprache als aqua, eau, water, agua oder su bezeichnet - aus Wasserspendern am Elbwanderweg, beispielsweise in Övelgönne, Teufelsbrück, am südlichen Ende des Mühlenberger Weges, unterhalb des Treppenviertels oder am Elbufer in Wittenbergen genießen könnten.

Denn: Was für die Aussenalster recht ist, muss für den Elbwanderweg billig sein.

Wolfgang Kaeser

Grünzug Bahrenfeld: Verbesserung der Grün- und Freiflächenbilanz

Öghan Karaks, Autor dieses Beitrags

Enge Bebauung in der Schützenstraße - ohne Freiflächen

Hamburg wurde der „European Green Capital Award 2011“ verliehen. Diese ökologische Würdigung unserer Stadt darf aber nicht dazu führen, dass wir uns nun zurücklehnen, denn insbesondere bei der Verfügbarkeit von Grünflächen, die ein Indikator des „European Green Capital“ ist, zeigt sich noch Verbesserungsbedarf.

In den vergangenen Jahren wurden immer mehr Flächen im Stadtteil Bahrenfeld bebaut und sicherlich werden auch in Zukunft noch viele neue Bauprojekte in Bahrenfeld realisiert werden. Durch Bauprojekte wird immer mehr Boden versiegelt und möglichweise verschwinden kleine grüne Oasen, die das Leben im Stadtteil positiv beeinflussen. Alteingesessene wie auch neu zugezogene Bahrenfelder Bürger müssen in ihrem Stadtteil ausreichende Möglichkeiten zur Naherholung finden, denn sie stellen einen wichtigen Bestandteil des gemeinsamen Lebens dar. Daher müssen für Jung und Alt genügend Grünflächen für Aufenthalt, Spiel und Sport vorhanden sein. Die Randbereiche der Autobahn – Stichwort Autobahndeckel – können hier ausgenommen werden, weil dort eine spätere Überplanung erfolgen wird, die auch Grün- und Freiflächen einbezieht.

Für Bahrenfeld muss zum einen ermittelt werden, ob schon heute eine nicht optimale, unzureichende Versorgung mit Grün- und Freiflächen gegeben ist. Zum anderen müssen vorhandene Flächen für Aufenthalt, Spiel, Sport

Fortsetzung auf S. 9

Fortsetzung von S. 7

und Naherholung in einen erlebbaren räumlichen Zusammenhang (Stichwort Grünzug) gebracht werden.

Bei der Festlegung dieser Standorte für Grün- und Erholungsflächen sind die Bahrenfelder Bürger natürlich von Beginn an zu beteiligen, um nicht nur eine hohe Akzeptanz und Identifikation zu erreichen, sondern auch um von den Ideen und Anregungen der Bürger zu profitieren.

Der Bereich nördlich der Stresemannstraße, stark geprägt durch die Gewerbebetriebe im Bornkampsweg, der Leuna-, Ruhr- und Schützenstraße, zeigt eindeutig ein starkes Defizit an Grün- und Freizeitflächen. Es gibt weder einen Spielplatz noch eine Grünfläche, die mit Sitzbänken zum Verweilen einlädt. Gerade im Hinblick darauf, dass Hamburg – und Bahrenfeld als ein großer Stadtteil unserer Metropole – „European Green Capital 2011“ sein wird, sollte jetzt ein Grünzug schnellstmöglich umgesetzt werden.

Öghan Karakas

Die Kühnehöfe - fertig gebaut, aber keine Grünfläche in der näheren Umgebung.

Werbeanlagen in Altona: Einnahmen contra Stadtbild und Verkehrssicherheit

Hamburg und damit auch der Bezirk Altona sehen sich einer massiven Zunahme von Werbeanlagen der Firmen Stroer und JCDeceau und der HAW ausgesetzt. Unsere Fraktion hat sich in einer „Großen Anfrage“ kritisch mit der Flut von Werbeanlagen auseinandergesetzt, die seit Monaten auch Altona überschwemmt.

Durch diese Werbeanlagen werden die Sicherheit und Ordnung des Strassenverkehrs durch Sichtbehinderung und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen an vielen Standorten erheblich beeinträchtigt, insbesondere leidet jedoch die Stadtbildgestaltung - viele Bürger sind zurecht empört. Die Beantwortung unserer „Großen Anfrage“ folgt dem vertrauten Schema, dass alles nach Recht und Ordnung genehmigt worden sei und die von unserer Fraktion angesprochenen Probleme nicht bestünden. Im Übrigen würden die Einnahmen für alle zusätzlichen Großwerbeanlagen für die Verbesserung des Erscheinungsbildes des öffentlichen Raumes verwandt.

Wir werden uns mit diesen unbefriedigenden Antworten nicht zufrieden geben. Jeder aus unserer Sicht kritische Standort, wie z.B. in Nienstedten vor der Eisdiele, auf dem Teufelsbrücker Platz, vor dem Altonaer Rathaus und im Verlauf der Bahrenfelder Chaussee/ Luruper Hauptstraße, bleibt im Focus unserer politischen Arbeit für die Verkehrssicherheit, die Erhaltung und den Schutz von Milieugebieten und für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen. Die Antwort der Behörde, dass zusätzliche Einnahmen durch das Aufstellen von immer mehr Großwerbeanlagen für die Verbesserung des öffentlichen Erscheinungsbildes eingesetzt werden, lässt sich nur ironisch kommentieren.

Im Klartext bedeutet es doch, dass das schöne Hamburg erst mit zahlreichen Großwerbeanlagen zugepflastert wird, um anschließend die Einnahmen für ein besseres Erscheinungsbild der Plätze einzusetzen, die zuvor verunstaltet wurden.

Darf man eine solche Verhaltensweise als „pervers“ bezeichnen?

Wolfgang Kaeser

Werbeanlage am Altonaer Rathaus

Werbeanlage am Nienstedtener Markt

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, SPD-Fraktion Altona, Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Tel. 040/3 89 5 32, Fax 040/ 38 61 56 43, info@spdfraktionaltona.de, www.spdfraktionaltona.de; Redaktionelle Bearbeitung, Layout, Fotos: Alexander Hund, Kirstin Strahl-Höhler

Bürgerbegehren und kein Ende - wie die Standortfrage zu IKEA die Volksgesetzgebung an ihre Grenzen führt

IKEA - findet man so ein Schild bald auch in Altona?

Übergabe der Unterschriften für das „Po-IKEA"-Bürgerbegehren.

Der Niedergang der Großen Bergstraße von Altonas Haupteinkaufsstraße zum städtebaulichen Missstand war seit Jahren zu beobachten. Ein immer prekärerer Branchenmix aus Wettbüros, Ein-Euro-Läden sowie Handyshops verdrängt den Fach-Einzelhandel zusehends. Klar ist, dass wenn sich nicht bald ein leistungsstarker Einzelhändler mit Magnetfunktion in der Großen Bergstraße ansiedelt, der darüber hinaus noch in der Lage ist, das im Ottenser Teil des Bezirkszentrums vorhandene Angebot sinnvoll zu ergänzen, werden alle Bemühungen der vergangenen Jahre zur Revitalisierung des Einkaufszentrums umsonst gewesen sein.

Mit IKEA hat nun ein Einzelhändler die Bühne betreten, der als einziger und erster in einer langen Reihe von Investoren das Potential hat, die Große Bergstraße erfolgreich und nachhaltig für den Einzelhandel zu beleben. Und allen in Altona ist klar: Wenn IKEA kommt, wird Nichts mehr so sein wie es war. Deshalb polarisiert die IKEA-Ansiedlung, ähnlich wie vor einigen Jahren, als es um den Bau des „Mercados" ging. Für die einen ist IKEA der weiße Ritter, der das Potential hat, die Große Bergstraße aus ihrem Dornröschenschlaf zu reißen – für die anderen ist IKEA der dunkle Lord des Kapitals, der Verkehrschaos und Konsumwut nach Altona-Altstadt bringt.

Aus diesem Grund gibt es zu der Frage der IKEA-Ansiedlung zwei gegenläufige Bürgerbegehren. Eine Konstellation, die durch den Volksgesetzgeber nicht berücksichtigt wurde, da es für diesen Fall keinerlei Regelungen gibt. Auch die Vertrauensleute beider Bürgerbegehren haben ihre Zustimmung verweigert, mit dem jeweils anderen Bürgerbegehren zusammen auf einen Abstimmungszettel zu gehen.

Auf der einen Seite gibt es das „Kein-IKEA-in-Altona" - Bürgerbegehren, das alleine schon durch die mit 1800 Unterschriften erzielte Sperrwirkung auf Entscheidungen der Bezirksorgane die Qualität hat, die IKEA-Ansiedlung auch ohne Bürgerentscheid zu verhindern.

Auf der anderen Seite gibt es das „Pro-IKEA"- Bürgerbegehren, das aufgrund einer überwältigenden Anzahl von Unterstützerunterschriften die Qualität hat, einen Bürgerentscheid herbei zu führen, bevor die Frist für eine abschließende Investitionsentscheidung von IKEA abgelaufen ist.

Für die Bezirksversammlung Altona stand auf Grundlage der eingereichten Unterschriften nur der Umgang mit dem „Pro-IKEA"-Bürgerbegehren zur Debatte. Die SPD-Fraktion hat vom Zustandekommen des „Pro-IKEA"-Bürgerentscheids Kenntnis genommen, ist diesem aber nicht beigetreten. Wir wollen, dass die Altonaer auf die klare Frage „Sind Sie dafür, dass in Altona - Altstadt ein IKEA- Möbelhaus gebaut wird?" mit Ja oder Nein antworten können. Das ist fair, transparent und für jeden verständlich.

Mit der oft gehörten Behauptung der Kritiker an diesem Verfahren, der „Pro-IKEA"-Bürgerentscheid wolle nichts anderes, als was ohnehin schon beschlossen sei, wird gern der Eindruck erweckt, es gäbe zur Bauvoranfrage von IKEA bereits einen politischen Beschluss. Das ist falsch. Vielmehr wurden die Beratungen über die Bauvoranfrage im zuständigen Ausschuss ohne Ergebnis abgebrochen, nachdem der Suspensiveffekt durch das „Kein-IKEA"-Bürgerbegehren eingetreten war. Weiterhin behaupten die Kritiker an diesem

Fortsetzung auf S. 11

Fortsetzung von S. 10

Verfahren, die Unterstützer des „Pro-IKEA"-Bürgerbegehrens bestünden nur aus Lokalpolitikern und Geschäftsleuten, die ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen wollten. Angesichts von 5600 gültigen Unterschriften und einer breiten Zustimmung bei den nicht so wortmächtigen Anwohnern ist dieser Vorwurf zumindest arrogant, wenn nicht sogar perfide. Wer, bei aller berechtigten Kritik an der Missachtung früherer Bürgerentscheide durch die CDU, diese für Altona wichtige Entscheidung schon vor der Abstimmung zur Farce erklärt, leistet damit der Politikverdrossenheit Vorschub und verhält sich verantwortungslos.

Der Gesetzgeber hingegen ist aufgerufen, die Grundlagen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide dringend zu überarbeiten: Wo zu geringe Quoren und unklare Verfahrensweisen den Eindruck der Beliebigkeit erwecken, besteht die Gefahr, dass sich die Bevölkerung sowohl von der repräsentativen als auch von der direkten Demokratie abwendet.

Mark Classen

Mark Classen, Autor dieses Beitrags.

Wie viel „Dorf" steckt bald noch in Sülldorf?

Sülldorf ist Hamburgs letztes Heidedorf, dabei ist der historische Bahnhof mit dem Bahnübergang das Eingangstor in den ländlichen Teil des „Dorfes". Dort erwarten die Besucher noch bewirtschaftete Bauernhöfe und ein ländliches Flair, wie man es in Hamburg kaum noch findet.

Doch in Sülldorf ist allerhand in Bewegung: Unmittelbar am Bahnhof soll eine der letzten Freiflächen, das Osterfeld, mit fünfzig Wohneinheiten bebaut werden, ein nicht von allen geliebtes Vorhaben. Befürworter betonen den erforderlichen Wohnungsbau für junge Familien, Kritiker dagegen wollen die Weidefläche für Pferde erhalten. Die SPD-Fraktion hat in den bisherigen Diskussionen die hohe Bebauungsdichte kritisch hinterfragt. Zum einen passt sich die Bebauung nicht an die angrenzenden SAGA-Häuser an, zum anderen führen zu wenige Stellplätze zu einem Parkplatzproblem, auch im „Op´n Hainholt".

Ebenfalls für Unmut sorgt die geplante Vergrösserung und Erweiterung der Grundschule Lehmkuhlenweg. Sollte die Schulreform von CDU und GAL umgesetzt werden, soll am Dorfrand eine Primarschule für Kinder von der Vorschule bis zur sechsten Klasse entstehen; möglicherweise würde dies einen Neubau auf der als Wölbacker bezeichneten Feldmarkfläche erfordern. Darüber hinaus plant die Schule auf ihrem Gelände einen Hort einzurichten.

In Sülldorf wird von einigen kritisiert, dass eine größere Anzahl an Schülern, die morgens mit dem Auto zur Schule gebracht werden, zu zusätzlichem Verkehrsaufkommen im beschaulichen und kleinteiligen Dorfkern führt; schon jetzt ist der Verkehr morgens unüberschaubar. Parkplätze für das Lehrpersonal sind auf dem Gelände nicht in ausreichender Zahl vorhanden und schon jetzt wird auf den landwirtschaftlich genutzten Feldwegen geparkt.

Trotz einer Vor-Ort-Tagung des Verkehrsausschusses ist eine praktikable Lösung noch nicht auf dem Tisch, unter anderem auch deswegen, weil die Straßenverkehrsbehörde die gefassten Beschlüsse nicht umsetzt.

Dies waren nur zwei der lokalen Verkehrsprobleme, die zwar erkannt, jedoch noch nicht gelöst wurden. Offen sind weiterhin die problema-

Das bisher noch unbebaute und als Pferde-Weide genutzte Osterfeld direkt am Sülldorfer Bahnhof.

Henrik Strate, Autor dieses Beitrags.

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

Kuh-Aufsteller am Sülldorfer Bahnhof.

tische Situation um die Schranke und der offene Ellernholt mit dem daraus resultierenden Durchgangsverkehr.

Es bleibt also lebendig im so beschaulichen Sülldorf.

Gut, dass es auch positives zu berichten gibt: Durch von der SPD beantragte Sondermittel konnte auf Initiative vom Sülldorf Forum am Dorfeingang eine Hinweistafel aufgestellt werden.

Zudem weisen lebensgroße Kuhattrappen bereits an der B431 auf den dörflichen Charakter des letzten Heidedorfes in Hamburg hin.

Henrik Strate

Kennen Sie Ihre Abgeordneten?

Die Hälfte der Legislaturperiode ist bald herum und wir wollen die Gelegenheit nutzen, die SPD-Abgeordneten der Altonaer Bezirksversammlung vorzustellen. Wer ist der Ansprechpartner für Verkehrsfragen, wie sieht die Sprecherin für Senioren aus und was macht der Sprecher im Grünausschuss im „normalen" Leben? Hier finden Sie die Antworten:

Alexander Hund, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Altona
Kontakt: hund@spdfraktionaltona.de

Bürokontakt: info@spdfraktionaltona.de

Kirstin Strahl-Höhler, Fraktionsassistentin
Kontakt: strahl-hoehler@spdfraktionaltona.de

Thomas Adrian

Fraktionsvorsitzender

Persönliches

Geb. am 28.02.1965 in Hamburg, verheiratet, zwei Kinder, lebt in Osdorf. **Ausbildung zum** Diplom-Verwaltungswirt; tätig als Referent für Verkehrssicherheit in der Hamburger Innenbehörde. **Interessiert sich neben Politik fürs Fotografieren sowie für Sport und Radfahren.**

Politisches

Repräsentiert den Wahlkreis Blankenese und sitzt in folgenden **Ausschüssen:** Hauptausschuss, Ältestenrat, Planungsausschuss, Sonderausschuss IKEA (jeweils als Sprecher) sowie in der Kommission für Bodenordnung und Kommission für Stadtentwicklung.

Kontakt

adrian@spdfraktionaltona.de

Ich finde Altona lebens- und liebenswert, weil...

der Stadtteil sich immer neu erfindet.

Dr. phil. Bettina Wehner

Persönliches

Geb. am 26.07.1940 in Lüneburg, zwei erwachsene Kinder, lebt in Blankenese. Oberstudienrätin a.D., war tätig als Lehrerin für Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde, zuletzt am Gymnasium Finkenwerder.
Interessiert sich fürs Reisen und Musizieren (Querflöte)

Politisches

Repräsentiert den Wahlkreis Blankenese und sitzt in den folgenden Ausschüssen: Ausschuss für Kultur und Bildung (Kulturpolitische Sprecherin), Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport, Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Senioren

Kontakt

dr.bettina-wehner@t-online.de

Ich finde Altona lebens- und liebenswert, weil...

der Stadtteil lebendig und vielfältig ist, viele unterschiedliche charakteristische Zentren und Bauten hat, und weil die Lage an der Elbe unvergleichlich ist!